EUROPA

Die Kultur der Korruption

Das undurchsichtige und kaum kontrollierbare EU-System fördert Betrug und Bestechung. Ein neuer Rechnungshofbericht wirft der EU-Kommission schwerwiegende Schlampereien beim Hilfsprogramm für die osteuropäischen Atomreaktoren vor.

Den Schädel zertrümmert, in einer Lache aus Blut, lag Antonio Quatraro vor dem Gebäude der Brüsseler Agrardirektion. Gegen halb neun war der EU-Beamte aus dem Fenster im sechsten Stock gesprungen. Er schlug dort auf, wo ihn die Kollegen sehen mußten, direkt vor dem Haupteingang des Hauses in der Rue de la Loi, der Straße des Gesetzes.

Der Italiener Quatraro hatte nach eigenen Regeln gelebt. Millionen waren aus den ihm anvertrauten Kassen für Tabaksubventionen verschwunden. Persönliche Bereicherung? Umgeleitete Gelder für die italienische Democrazia Cristiana? Der Verdacht gegen ihn wurde konkreter. Der Gang ins Büro geriet zu einem Spießrutenlauf. Er fühlte sich gejagt, hielt das Getuschel auf den Fluren nicht mehr aus.

Damals, im Frühjahr 1993, gab es für die Brüsseler EU-Gemeinde schnelle Erklärungen: ein Einzelschicksal, eine Verirrung, mitnichten ein Symptom für strukturelle Fehler. Die Welt der Eurokraten war wieder heil.

Als die EU-Kommissarin Edith Cresson am vergangenen Mittwoch vor dem Haushaltskontrollausschuß des Europäischen Parlaments zum Thema Korruption in der Kommission auftrat, sprachen allenfalls ihr ergebene Beamte noch von Einzelfällen und Läßlichkeiten. Für die Europaparlamentarier und Budgetkontrolleure ist es ein System Cresson.

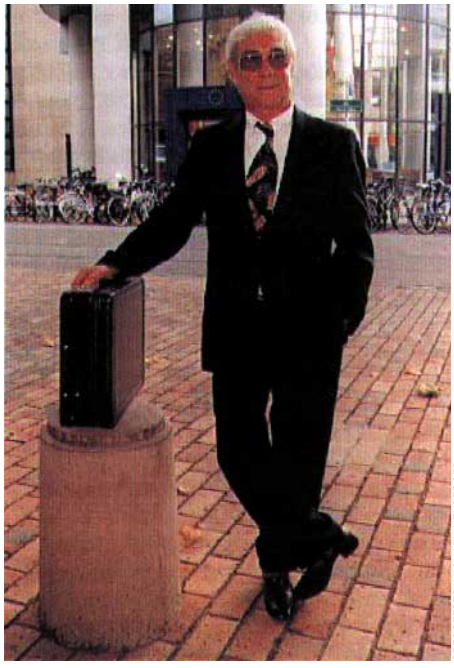
Längst ist die frühere französische Premierministerin und heutige Forschungs- und Bildungskommissarin zu einer Symbolfigur für die Trickkultur, für Unfähigkeit und Anmaßung in der Europäischen Kommission geworden – und für die Günstlingswirtschaft, die in Brüssel „Favoritismus“ heißt.

Die EU schickt sich an, ihr Reich gen Osten zu erweitern, und wird bald als eine der größten Wirtschaftsmächte über die Welt gebieten. Doch das System, mit dem dieses einmalige Gebilde regiert wird, ist undurchsichtig und wird kaum kontrolliert.

Mit Eifer schüren Regionalherrscher wie der Bayer Edmund Stoiber das Mißtrauen der Bürger gegen den Brüsseler Moloch. Die Mitgliedstaaten verlangen wieder mehr eigene Rechte. In dieser Situation ist es für die Kommission besonders peinlich, daß eine Kette von Korruptionsfällen alle Vorurteile gegen die EU zu bestätigen scheint.

Gegen drei Funktionäre in der Forschungsgeneraldirektion von Edith Cresson laufen Ermittlungen wegen Unregelmäßigkeiten. Über das von ihr verantwortete Forschungsprogramm im italienischen Ispra liegen vernichtende Untersuchungen vor. Die Personal- und Verwaltungskosten verschlingen dort rund 80 Prozent des Budgets, über 40 Prozent der Aufträge werden unterderhand vergeben: ein grober Verstoß gegen die Regeln.

Das Forschungspersonal soll zweifelhafte Dienstleistungsverträge mit den eigenen Ehefrauen abgeschlossen haben. Zwei still-



PRESSEFOTO MICHAEL HEUBERGER

EU-Vertragspartner Perry
Tricks und krumme Touren

Kommissionsgebäude der Europäischen Union in

gelegte Kernkraftanlagen auf dem Forschungsgelände verursachen seit den siebziger Jahren nur noch Kosten.

Mit dem gequälten Lächeln der Überheblichkeit hört sich Edith Cresson die Vorwürfe im Ausschuß an. Sie erzählt wortreich, gestikuliert mit schwarzem Füller wie eine Schulmeisterin. Über den „Favoritismus“ für ihren Bekannten, den Zahnarzt René Berthelot, der bei ihr als Gastwissenschaftler unterkam, bleibt sie vage. Er habe Reisen unternommen, „im Bereich der Innovation“.

Aus der Sicht von Madame Cresson handelt es sich um eine Kampagne gegen die Sozialisten: „Wie zufällig stehen hier wohl nur die Kommissare von der Linken am Pranger“, klagte sie in „Le Monde“.

Doch die Vorwürfe gehen quer durch die Parteien. Mitte November wird der Europäische Rechnungshof einen Bericht über die Osteuropa-Programme Phare und Tacis veröffentlichen, betreut vom niederländischen Kommissar Hans van den Broek, einem Christdemokraten.

Der vorläufige Bericht der Prüfer – er liegt dem SPIEGEL vor – ist das Dokument einer europapolitischen Katastrophe.

1990 war die Europäische Union von der internationalen Staatengemeinschaft damit beauftragt worden, für die Sicherheit der zumeist schrottreifen Atomkraftwerke – darunter der Unglücksreaktor Tschernobyl – zu sorgen. Die EU sollte helfen, 50 Reaktoren in Rußland, der Ukraine, Bulgarien und Ungarn entweder auf internationale Sicherheitsstandards zu bringen oder stillzulegen. Rund 1,5 Milliarden Mark waren dafür vorgesehen, doch nur gut ein Drittel davon kam an. Statt dessen landeten Teile der Gelder auf den Konten einer deutschen und einer italienischen Beratungsagentur (siehe Kasten Seite 192).

FOTOS: W. v. CAPPELLEN / REPORTERS

Brüssel, Forschungskommissarin Cresson: *Noch jeden Skandal, jede Affäre vertuscht*

Weil die Berater mit den östlichen Kernkraftbetreibern zerstritten waren, wurden über Nacht die Arbeiten zum Schutz des Reaktorkerns im baufälligen Atomkraftwerk im nordrussischen Kola eingestellt. Auch die Entsorgung hochradioaktiver Flüssigkeit ist dort nicht mehr gesichert.

Bericht um Bericht, Schicht um Schicht wird da ein System sichtbar, das in den letzten 20 Jahren undurchsichtiger Kommissionspolitik gewachsen ist. Rund um die europäische Regierung entstand ein dichtgewebtes Geflecht von Beraterfirmen, an die die Kommission Aufträge vergibt – häufig ohne öffentliche Ausschreibung.

Die Kommission ist zur nährenden Mutter geworden für Professoren, für Ingenieure und für Juristen. Etliche von ihnen stehen in staatlichem Sold und empfangen von der EU ein erkleckliches Zweitgehalt: Die Steuerbürger zahlen doppelt. Man kennt sich, man empfiehlt sich. So wie etwa der Vorstand der staatlich finanzierten Deutschen Forschungsgesellschaft für Luft- und Raumfahrt, Jürgen Blum. Er war von der Brüsseler Forschungsgeneraldirektion für Management-Seminare engagiert worden. Das Honorar von 20 000 Mark ließ er sich auf das Konto einer ihm nahestehenden Anwaltskanzlei überweisen.

„Die erstellen Studien, Studien, Studien, sie beraten und beraten“, ereifert sich der österreichische Europaabgeordnete und Sozialdemokrat Herbert Bösch. „Und was kommt dabei heraus?“

Bösch zählt zu einer Gruppe von Budgetkontrolleuren im Parlament um die deutsche Grüne Edith Müller, die Sozialdemokratin Rosemarie Wemheuer aus Braunschweig und den Spanier Juan Manuel Fabra Vallés.

Sie stellen schärfere Fragen als früher, verlangen lückenlose Dokumente von der Kommission, die bislang noch jeden Skandal, jede Affäre vertuschte. Die EU-Führung ist mit einem neuen Stil konfrontiert, „aber sie reagiert träge wie früher“, stellt die Deutsche Wemheuer fest. Der Spanier Fabra will jetzt Dokumente über ein Netzwerk von Absahnerfirmen bei den Mittelmeerprogrammen des spanischen Kommissars Manuel Marin direkt an die Justizbehörde übergeben.

„Warum können sie die Dinge nicht klar auf den Tisch legen, in voller Breite? Dann könnte man einen Neuanfang machen. Aber jeder neue Fall ist nur eine Illustration für die mangelnde Transparenz des ganzen Systems“, kritisiert die Ausschußvorsitzende Diemut Theato (CDU).

„Sie erstellen Studie um Studie, sie beraten und beraten. Und was kommt dabei heraus?“

Längst ist es nicht mehr die Revolte der Pfennigfuchser im Parlament. Für Wemheuer steht auch die Glaubwürdigkeit Europas auf dem Spiel: „Das macht sich einfach nicht gut, wenn die Kommission in Gestalt des Kommissars Karel Van Miert in rigider Manier für den freien Wettbewerb eintritt und im eigenen Haus laufend gegen die Regeln des Wettbewerbs und des freien Marktes verstoßen wird.“

Wenn im Dezember die Entlastung des EU-Haushalts ansteht, kann sich bei diesem Reizklima im Parlament leicht eine Mehrheit der Verweigerer finden – und die Europaregierung wäre damit diskreditiert. Das käme einem Mißtrauensvotum gleich; die Kommission müßte dann eigentlich zurücktreten.

Mit dem Berater- und Firmennetzwerk, das sie sich schuf, gab sie Verantwortung aus dem Haus. Ein solches System ist schwer kontrollierbar und betrugsanfällig. Aber es lassen sich damit auch bequem all die Haushaltsmanipulationen und Vetternbeziehungen praktizieren, die jetzt offenbar geworden sind.

Viele Prüfberichte der internen Finanzkontrolle oder des Rechnungshofes zeichnen das Bild einer milliardenschweren EU-Wirtschaft ohne genaue Nachweise. Kommissionsbeamte überweisen Millionenbeträge an Firmen, ohne sich Belege vorlegen zu lassen. Bei der jüngsten Prüfung der Forschungsprogramme „Joule-Thermie“ und „Altener“, bei denen die Cresson-Kommission zwei Milliarden Mark zur Erforschung erneuerbarer Energien auswirft, entdeckten die Revisoren, daß „keiner der Berichte eine einzige Zahl über die Kosten enthielt“. Andere Prüfungen veranlaßten die Finanzmenschen zu ironischer Diktion: Die Buchführung etwa beim Amt für humanitäre Hilfe (Echo) sei „metaphysisch“.

Oft ist die Rechnungslegung auch physisch nicht mehr vorhanden. Kommen etwa die kommissionseigenen Betrugsermittler der Uclaf in die Gebäude, stoßen sie nicht selten auf leergeräumte Schränke und gefilzte Aktenordner. Wie durch ein Wunder ist das Beweismaterial über Nacht verschwunden. Computerfestplatten und Disketten zeigen nichts als weißes Flimmern – sie sind gelöscht worden.

Ins System dieser Betrugskultur paßt auch die Personalpraxis bei Echo. Das Amt zählt zum Reich der umtriebigen Kommissarin Emma Bonino, sie hat es vom spanischen Kommissar Marin übernommen.

Fünf Millionen Mark Hilfsgelder, die für Ostafrika und Bosnien bestimmt waren, kamen dort nie an. Die Gelder wurden aufgebraucht für Personal, das offiziell nicht in den Büchern der EU auftauchen durfte,

Konfus und ungenau

Der Europäische Rechnungshof erhebt schwere Vorwürfe gegen die Brüsseler Kommission.

Das Papier des Europäischen Rechnungshofes ist 89 Seiten dick, Zahlenkolonnen und Tabellen sind aneinandergereiht, der Titel liest sich umständlich: „Vorläufiger Bericht über die Operationen Phare und Tacis auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit (Periode 1990 – 1997)“. Darin allerdings stehen jede Menge erschreckende Erkenntnisse. Obwohl etwa 1,5 Milliarden Mark von der Europäischen Kommission für die Kernreaktoren im ehemaligen Ostblock bereitgestellt wurden, um eine weitere Katastrophe wie in Tschernobyl zu verhindern, ist es „heute nicht möglich, einen objektiven Fortschritt bei der Sicherheit festzustellen“, heißt es in den Schlußfolgerungen der Prüfer.

Für neue Sicherheitskonzepte, für die Beschaffung von Technik und Beratung von Kernkraftbetreibern in Rußland, der Ukraine, der Slowakei, Litauen, Bulgarien und Ungarn beauftragte die Kommission Dutzende westeuropäische Firmen, darunter Siemens und den Ingenieurdienstleister Fichtner.

Auch die deutsche Gesellschaft für Reaktorsicherheit hatte sich für einen 70-Millionen-Mark-Auftrag beworben – unter dem Namen „GIEE Riskaudit“, ein Gemeinschaftsunternehmen mit dem französischen Institut IPSN. Die französische EdF beteiligte sich, genauso wie die italienische Agentur Italtrend.

Die Ergebnisse zeigen,

- daß ein Drittel des gesamten Vertragsvolumens unterderhand vergeben worden war – die Honorare wurden dadurch aufgebläht;
- daß zwischen Projektauftrag und Vertragsabschluß im Durchschnitt 500 Tage vergingen, weil die Kommission die Aufgaben nicht konkret beschreiben konnte;
- daß 60 Millionen Mark für technische Hilfe ohne präzise Kostennachweise abgerechnet und daß die Personalkosten der Kommission für die Programme Phare und Tacis doppelt so hoch waren wie genehmigt;
- daß sich etliche der Beratungsagenturen Mehrfachaufträge besorgten, indem sie sich unter verschiedenen Bezeichnungen meldeten;
- daß Ingenieursleistungen für ein Monatshonorar von 36 000 Mark pro Person abgerechnet wurden, während Experten mit der gleichen Qualifikation bei den osteuropäischen Partnern teilweise nur ein Fünfzehntel erhielten;
- daß 80 Millionen Mark allein für etliche Studien in Rußland ausgegeben worden sind, von denen 1997 gerade mal eine überreicht werden konnte;
- daß 86 Millionen Mark auf die Konten von Beschaffungsfirmen flossen, obwohl nur rund die Hälfte wegen der schleppenden Arbeiten ausgegeben werden konnte. Die Gesellschaften kassierten für den Überstand 4,4 Millionen Mark Zinsen. Das deutsche Ingenieurbüro Fichtner dazu: „Die EU hat alle Zinsen zurückbekommen.“

Der Europäische Rechnungshof attestiert der Kommission konfuse Konzepte. Durch exzessive Vergabe von Arbeiten nach außen sei zuviel Verantwortung delegiert worden. „Das institutionelle Gedächtnis und die administrative Disziplin“ seien verlorengegangen, schreiben die Prüfer. Weil die Verantwortlichen in der Brüsseler Zentrale häufig nur mit Zeitverträgen ausgestattet gewesen seien, hätten die Arbeitskräfte ständig gewechselt.

Pikantes Detail: Leiter der Programme Phare und Tacis ist der französische Jurist François Lamoureux, ein früherer Kabinettschef der Kommissarin Edith Cresson.

weil die Stellen im EU-Haushalt nicht genehmigt waren. „U-Boote“ heißen diese Bediensteten im EU-Jargon.

Die U-Boote sind Teil der verschwiegenen Usancen der Kommission. An die 600 sollen in ihrem Dunstkreis beschäftigt sein. Zur Tarnung der verdeckten Personalreserve bedienen sich die Eurokraten mehrerer Privatgesellschaften, die sie „Sklavenhalterfirmen“ nennen. Mindestens 20 soll es davon geben.

Eine davon ist die Luxemburger Firma von Claude Perry. Die Heimlichkeit seiner Geschäfte und „diese Dumpingpreise, als immer mehr andere Firmen mit der Kommission Verträge schlossen“, zwangen ihn zu krummen Touren, sagte Perry dem SPIEGEL. Zur Tarnung schloß er Scheinverträge mit der Kommission. Zwei Tochtergesellschaften in Dublin hat er gegründet. Dorthin überwiesen die Echo-Beamten die Hilfsgelder, die in Wahrheit Löhne fürs EU-Personal und Provisionen für Perry waren. Der Umweg über Irland sparte Steuern.

Seit 1972 ist Perry mit der Kommission im Geschäft, er arbeitet für 17 Generaldirektionen. Bei ihm stand auch Cresson-Freund Berthelot auf der Gehaltsliste – für 10 000 Mark im Monat bei freier Wohnung in Brüssel, bevor der Zahnarzt bei der Kommission als Aids-Experte unter Vertrag kam.

Von Perry erhielt auch die Gattin des Echo-Funktionärs Hubert Onidi einen lukrativen Scheinarbeitsvertrag. Dem Funktionär Francis de Gaultier ließ er über solche Tricks 30 000 Mark zukommen. Andere EU-Bedienstete hielt er mit Flugtickets oder Eintrittskarten für Formel-1-Rennen bei Laune.

Perry ist ruiniert, seit das verdeckte System des Gebens und Nehmens publik wurde. Vorvergangene Woche suchte er, eskortiert von Sicherheitskräften, den Grünen-Abgeordneten Daniel Cohn-Bendit im Straßburger Europaparlament auf. Der sollte für ihn den Fürsprecher bei der Kommission spielen, doch der Ex-Revolutionär winkte ab. Jetzt hat Perry die Kommission verklagt, auf 20 Millionen Mark Schadensersatz: wegen Geschäftsschädigung.

SYLVIA SCHREIBER

JÜRGENS OST UND EUROPA PHOTO

SIPA

Kernkraftwerk Sosnowy Bor bei St. Petersburg: *Ingenieursleistungen für 36 000 Mark pro Monat und Person*